

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Dienstag

26. Mai 1925

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2306-2507

Der Sterbende Garantiepak.

Englische Meinung zum Standpunkt Briands.

London, 26. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Aussichten des Sicherheitspaktes werden in England seit dem Eintreffen der französischen Antwort auf die englische Bitte, um weitere Erläuterungen zu der Briandnote, immer pessimistischer beurteilt. „Manchester Guardian“ spricht die in den politischen Kreisen herrschende Auffassung aus, wenn er schreibt, falls Frankreich mit dem geplanten Note, wie sie nunmehr dem Kabinett vorliegt, das letzte Wort gesprochen habe und im Rahmen des Sicherheitspaktes auch die ewige Unabänderlichkeit der deutsch-österreichischen Grenze sichern wolle, so sei der Pakt tot und die Verantwortung falle auf Frankreich. Der Ernst der Entscheidung, die der Ministerrat diese Woche fällen, könne überhaupt nicht übertrieben werden.

Einigung im Linksblok.

Gemeinsame Tagesordnung zur Marokkodebatte.

Paris, 26. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Vorstände der vier Gruppen des Linksbloks haben Montagabend über die Einbringung einer gemeinsamen Tagesordnung zur sozialistischen Marokko-Interpellation beraten. Im Namen der sozialistischen Fraktion erklärte Renaudel, daß die Interpellation in erster Linie den Zweck verfolge, den reinen Verteidigungscharakter der Operationen in Marokko festzulegen und die Regierung zu bestimmen, eine friedliche Lösung des Konfliktes zu suchen. In der eingehenden Debatte gelang es Renaudel, auch

die anderen Parteien des Kartells zu bestimmen, sich diesen Gesichtspunkt zu eigen zu machen. Die vier Gruppen kamen überein, die Regierung aufzufordern, den Kampf bis zur Befreiung der französischen Zone von den widerrechtlich eingedrungenen Streitkräften Abdel Krims fortzusetzen, sich gegen jede Annexion sowie gegen jede Reduktion der Grenzen des französischen Protektoratsgebietes auszusprechen und auf dem Wege internationaler Verständigung eine rasche und friedliche Lösung des Marokkoproblems zu suchen. Eine Entschließung in diesem Sinne soll heute, Dienstag, ausgearbeitet und am Mittwoch gemeinsam von den Kartellparteien eingebracht werden.

Der „Matin“ deutet an, daß die französische Regierung grundsätzlich bereit sei, mit Abdel Krims in Verhandlungen einzutreten und ihm gegen die Anerkennung der Souveränität des Sultans von Rabat eine weitgehende Autonomie für das Rif zuzusichern.

Verfolgung der Propaganda im Meer.

Paris, 26. Mai. (III.) Herriot teilte am Schluß der Kammer Sitzung mit, daß der Antrag eingegangen sei, zwei Abgeordnete die parlamentarische Immunität zu entziehen. Nach den Morgenblättern handelt es sich um die Kommunisten Doriot und Cahin, die offenbar wegen der antimilitaristischen Propaganda der kommunistischen Partei zur Verantwortung gezogen werden sollen. In französisch-Marokko ist die Verbreitung der Pariser „Humanité“ verboten worden.

Ein Gedenktag der Partei.

50 Jahre seit der Einigung von Gotha.

Heute vor fünfzig Jahren vollzog sich in Gotha der Zusammenschluß des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ und der „Sozialdemokratischen Partei“ zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“. Lassalleaner und Eisenacher hatten sich damit nach langem mit großer Erbitterung geführten Bruderkrieg zu einer einzigen Partei zusammengesunden. Von hier nahm der Aufstieg der deutschen Sozialdemokratie und der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt seinen Ausgang.

Die Streitigkeiten, die in Gotha ihren Abschluß fanden, waren nicht grundsätzlicher Natur gewesen. Die marxistische Lehre hatte damals in der deutschen Arbeiterchaft kaum noch Wurzel geschlagen; der Anstoß zur Gründung einer unmittelbar ins politische Leben eingreifenden deutschen Arbeiterpartei war von Lassalle ausgegangen, aus der Spaltung seiner Bewegung war der Bruderkrieg entstanden. Das Gothaer Einigungsprogramm fand scharfe Kritik bei den Großmeistern der sozialistischen Theorie, Marx und Engels in London, aber den in Deutschland lebenden Praktikern, unter ihnen August Bebel und Wilhelm Liebknecht, war die Einigung selbst wichtiger als das Einigungsprogramm.

Später vertieften sich die theoretischen Auseinandersetzungen und Meinungsverschiedenheiten, deutlicher zeichneten sich die beiden von Marx und Lassalle entspringenden Geistesströmungen voneinander ab, wobei das Verhältnis der Partei zum Staat mehr und mehr die entscheidende Rolle spielte — aber den seitdem Rahmen der Partei vermochten diese Meinungskämpfe nicht zu sprengen. Bis dann im Weltkrieg der Gegenstoß zum Austrag kam und die Partei vorübergehend abermals zersplitterte. Wenn es zum Segen der deutschen Arbeiterbewegung bald wieder gelang, die Partei auf neue zusammenzuschließen, so war das nicht zuletzt der großen Lehre zu danken, die uns die Einiger der Partei von 1875 erteilt hatte. Gotha war das Vorbild und Vorbild von Nürnberg.

Heute steht die Partei wieder einig und geschlossen da. Und ganz anders als nach Gotha hatte sie nach Nürnberg das Gewicht einer Massenpartei in die Waagschale der Entscheidungen geworfen.

Abgetrennt blieb eine radikale Gruppe, die sich von sozialdemokratischen Grundsätzen weit entfernte und eine Lehre verkündete, die mit jener von Gotha, Erfurt und Nürnberg nichts mehr gemein hatte. In dem Wirken der Nachkriegszeit und der Inflation gelang es ihr, eine „kommunistische Partei“ ins Leben zu rufen, die sich durch die Sinnlosigkeit ihrer Taktik sehr rasch wieder um allen Kredit bei den Arbeitern brachte. Heute ist die kommunistische Partei in unaufrichtiger, jähem Niedergang begriffen: mit erdrückender Mehrheit hat sich das Klassenbewußte Proletariat gegen sie und für die Sozialdemokratie entschieden.

So begehen wir die Erinnerung an Gotha in dem stolzen Bewußtsein, daß der Tag nicht mehr ferne ist, an dem sich die ganze sozialistisch gekannte Arbeiterklasse einig unter dem Banner der einzigen Sozialdemokratie zusammenschließen wird.

Wir gedenken in Ehrfurcht der Toten, die das Einigungswerk vor fünfzig Jahren vollzogen: der Bebel, Liebknecht, Hasenclever, Motteler, Grillenberger und Geib. Wir grüßen die noch Lebenden des Gothaer Kongresses: die Genossen Wilhelm Bock, Wilhelm Blos und Hermann Wollkenbuhr. Mögen sie nach jenen Tag erleben, an dem auch der letzte sozialistisch denkende Arbeiter erkennt, daß der Kampf zwischen Arbeitern und Arbeitern die Bewegung hemmt, ihren Feinden nützt und daß nur die Einigkeit im Zeichen von Gotha und Nürnberg zum Siege führt!

Fritz Herberts Tod.

Aus dem Leben eines Kämpfers.

Der Stettiner „Volksbote“ widmet dem aus dem Leben geschiedenen Führer der Sozialdemokratie Pommerns einen Nachruf, dem wir folgendes entnehmen:

In den achtziger Jahren kam Fritz Herbert nach Stettin. Hier hatte die sozialistische Bewegung bereits die ersten Wurzeln geschlagen. Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein hatte in Stettin im Jahre 1869 die erste Versammlung. Die Stettiner Mitgliedschaft zählte schon 800 Mitglieder. Es fehlte aber an den Kräften, um die Bewegung zu festigen. Unter den allergrößten Schwierigkeiten ging die Bewegung aber dennoch vorwärts. Ein Konflikt unter der Stettiner Parteigenossenschaft hat jedoch wesentlich dazu beigetragen, daß das Erreichte wieder verloren ging. Als dann das Sozialistengesetz in Kraft trat, fand es in Stettin nur wenige ganz treue Anhänger vor.

Schon vor der Zeit Fritz Herberts war der Versuch unternommen worden, mit einer eigenen Zeitung an die Arbeiterschaft heranzutreten. Im Jahre 1877 gab es sogar zwei sozialdemokratische Zeitungen in Stettin. Beide mußten aber das Zeitliche segnen. Fritz Herbert gründete im Jahre 1885 den „Stettiner Volksboten“. Er selbst war Herausgeber, Redakteur, Drucker und Expedient. Von nun an führte er den Kampf gegen die Reaktion in Wort und Schrift. Der Erfolg seiner mühevollen Arbeit zeigte sich denn auch sehr bald. Als im Januar 1887 der Reichstag aufgelöst wurde, stand die Sozialdemokratie in Stettin und Randow-Greifenhagen wieder schlagfertig da. Die Parteigenossen in Stettin hatten Fritz Herbert als ihren Kandidaten für den Reichstag aufgestellt.

Seiner Führeraufgabe ist Fritz Herbert in all den Jahren des schwersten Kampfes mit voller Hingabe seiner Kräfte stets treu geblieben. Dafür hatten ihn die Schergen der Reaktion auch bald am Kragen. Mit einer Reihe anderer Parteigenossen wurde er auf Grund des Sozialistengesetzes aus Stettin ausgewiesen. Er siedelte nach Stargard über und leitete von hier aus die Bewegung. Auch der „Volksbote“ erschien in Stargard. Einige Prohprozeße hatten Fritz Herbert auch drei Monate Gefängnis eingebracht, die er abhin mußte, trotzdem ihm die Ärzte bescheinigt hatten, daß er nicht hinfällig sei. Als er seine Strafe verbüßt hatte, wurde er nach Stettin entlassen. Die Polizei wollte nicht, daß dem Genossen ein besonderer Empfang zuteil werde. Sie verbot deshalb jeden „Aufzug“. Die Stettiner Arbeiterchaft fragte aber nichts nach dem Verbot. Etwa 10.000 Personen hielten in angrenzenden Straßen des Bahnhofes dicht besetzt und begrüßten den Führer mit stürmischen Kundgebungen. Später leitete Herbert ganz nach Stettin zurück, mit ihm der „Volksbote“. 1893 gelang zum erstenmal die Eroberung des Wahlkreises.

Auch in der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bewegung hat Herbert bahnbrechend gewirkt.

Herbert war von schwächlichem Körper, sein Gesundheitszustand ließ schon lange viel zu wünschen übrig. Trotzdem übte er bis zum letzten Tag seine Tätigkeit als preussischer Landtagsabgeordneter aus. Am Sonntagmorgen kam ihm ein plötzlicher Tod als Erlöser.

Amerikanische Hilfsexpedition für Amundsen

Mit einem Zeppelin.

New York, 26. Mai. (WIB. durch Funkpruch.) Nach einer Meldung von Herald and Tribune aus Washington ist die Marine durchaus vorbereitet, gegebenenfalls sofort eine Hilfsexpedition für Amundsen mit der Shenandoah oder der Los Angeles zu unternehmen. Der Tender Patoka mit dem Ankermass würde vorher in die Diskobay auf Grönland entsandt werden.

Presse und Öffentlichkeit.

Nachwort zur Tagung des „Reichsverbandes der Presse“.

Die soeben abgeschlossene Tagung des „Reichsverbandes der deutschen Presse“ verdient die Aufmerksamkeit einer breiteren Öffentlichkeit. Denn die Dinge, die den Hauptgegenstand der Verhandlungen dieses Parlaments der Redakteure bildeten, sind nicht nur Berufsfragen im engeren Sinne, sondern auch solche, die sich auf das gesamte öffentliche Leben auswirken.

Im Mittelpunkt der Erörterungen stand die Frage des Journalistengesetzes, das die Redakteure seit mindestens zehn Jahren mit sich steigender Energie propagierten und das im Laufe des letzten Jahres sich wenigstens bis zu einem Referentenentwurf im Reichsministerium des Innern entwickelt hatte. Damit aber war die Entwicklung vorläufig beendet. Denn bei der vielfachen Beschäftigung der dechnationalen Reichsregierung kam man über den Referentenentwurf nicht hinaus, um so weniger als die Organisationen der Zeitungsvorleger alle Mühen springen ließen, um das Journalistengesetz zu verhindern. Für die Verleger ist schon mit dem Worte „Journalistengesetz“ der Begriff einer Rebellion gegen ihr wirtschaftliches Übergewicht über die geistige Arbeit des Journalismus verknüpft.

Da jedoch auch auf Verlegerseite die bedenkliche Entwicklung zur Konzernbildung im Zeitungsgewerbe und die dadurch verursachte Übermacht des Kapitals nicht gut übersehen werden kann, und da man wohl fühle, daß diese kapitalistische Entwicklung die Sympathien für eine gesetzliche Regelung der öffentlichen und privaten Arbeitsbedingungen der Journalisten steigere, so hat man versucht, auf einem Umwege wenigstens einen Teil der Redakteurforderungen zu erfüllen. Man kam zu Verhandlungen in der sogenannten Reichsarbeitsgemeinschaft im Zeitungsgewerbe mit dem Resultat, daß eine Art Manteltarif für das ganze Reich und ein Normaldienstvertrag ausgearbeitet wurde, die jetzt der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Presse zur Entscheidung unterbreitet wurden. Als integrierender Bestandteil des Tarifwerks soll eine Art Hinterbliebenen- und Invalidenversorgung gelten, von der man hofft, daß sie ebenso wie das Tarifwerk selbst für allgemein verbindlich erklärt werde.

Gegen diese Regelung wichtiger Lebensfragen des Berufs wurde jedoch aus den Reihen der Delegierten zum Teil sehr scharfer Widerspruch erhoben. In dem Tarifwerk ist zwar als leitender Gedanke auch von den Verlegern anerkannt worden, daß es Aufgabe der Zeitungen, also vor allem der Redaktionsarbeit, sei, öffentlichen Interessen zu dienen. Und es wird weiter ausgesprochen, daß vom Verleger keinerlei Gesinnungszwang auf die Arbeit der Redaktion ausgeübt werden darf, wobei als selbstverständlich vorausgesetzt wird, daß die Programme der Parteien, denen die Zeitungen dienen, oder aber die von vornherein festgelegten allgemeinen Richtlinien für die redaktionelle Haltung bindend sind.

Nun ist ein solches tarifliches Versprechen, keinen Gesinnungszwang üben zu wollen, zwar eine moralische Verpflichtung, die die Verleger freiwillig auf sich nehmen würden, falls der Verbandstag ihrer Organisation den vorläufigen Vereinbarungen seine Zustimmung geben würde. Mehr aber auch nicht! Denn in der Regel pflegt ja der Gesinnungszwang nicht in offener und brutaler Form vor sich zu gehen, sondern durch das wirtschaftliche Übergewicht des Zeitungsherausgebers in möglichst verschleierte Form angewandt zu werden, um so mehr als auch Interessen von außerhalb auf dem Umwege über das Verlagsunternehmen auf die Schriftleitungen einen starken Druck ausüben.

Ein Beispiel von dieser Art des Drucks rief, als es auf dem Verbandstage der Redakteure zur Sprache gebracht wurde, lebhaftes Entrüstung hervor. Die demokratische „Eisenacher Tagespost“ hat einen Verleger, der früher Reserveleutnant und bisher Mitglied des Deutschen Offiziersbundes war. Dieser Bund, der sich ursprünglich als ein ganz unpolitischer gebildet hatte, hat im Laufe der Nachkriegsjahre sehr stark deutschnational-völkische Färbung angenommen. Da nun die „Eisenacher Tagespost“ auf dem Boden der Weimarer Verfassung steht und auch das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ publizistisch unterstützt, hat der schwarzweißrote Deutsche Offiziersbund an den Verleger folgenden Schreibbrief gerichtet:

„Verschiedene Veröffentlichungen der „Eisenacher Tagespost“, deren Verleger Sie sind, haben in den Kreisen des DDB die Ansicht befestigt, daß die Auffassungen dieser Zeitung nicht den Grundauffassungen der Mitglieder des DDB entsprechen. Die Grundauffassungen des DDB sind neuerdings... in dem Reichsblatt vom April 1925 niedergelegt. Diese sind als Ergänzungen der älteren Satzungen aufzufassen und für jedes Mitglied bindend.“ Ein Hoch. Bitte ich daher, mir baldigst eine gefl. Verherung darüber zutommen zu lassen, ob Sie diese Grundlagen rückwärtslos anerkennen. Bejahendensfalls würde die Folge sein müssen, daß in der „Eisenacher Tagespost“ keine Veröffentlichungen stattfinden, die diesen Auffassungen zuwiderlaufen. Verneinendensfalls bliebe Ein Hoch nur der Weg des Austritts aus dem DDB.“

In diesem Falle ist der versuchte Gesinnungsterror, der einem Erpressungsversuch verzweifelt ähnlich sieht, allerdings wirkungslos geblieben, denn der Verleger der „Eisenacher Tagespost“ hat es vorgezogen, lieber dem Deutschen Offiziersbund den Rücken zu kehren, als die verlangte Kenderung der Tendenz seiner Zeitung zuzugestehen. Aber in wie vielen Fällen tritt der Terror so offen zutage?

Zumeist wird er auf „unblutigerem“ Wege ausgeübt. Man braucht nur daran zu denken, welches Schwergewicht in der Kalkulation des Zeitungsverlags die Inserate auszuüben pflegen. Hatte doch vor kurzem erst unsere Dresdener Parteiblätter mitteilen müssen, daß es die bisher regelmäßig geübte Filmkritik einstelle, weil es des dauernden Kleinriegs mit den inserierenden Kinobesitzern überdrüssig geworden sei. Wegen jeder kritischen Bemerkung an einzelnen zur Aufführung gelangten Filmen hatten in Dresden die Kinotheater dem Blatte die Entziehung von Inseraten angedroht oder sofort ausgeführt, schließlich gar die Aushändigung von Pressekarten von einer „günstigen“ Kritik abhängig gemacht!

Wie der Offiziersbund in Eisenach und die Kinobesitzer in Dresden, so pflegen Interessenten und Interessentenorganisationen in großer Zahl durch wirtschaftlichen Druck auf den Zeitungsverleger indirekten Gesinnungszwang gegen die Redaktionen auszuüben. Und nicht immer und überall sind die Redaktionen so gesichert, daß sie trotz dieses wirtschaftlichen Druckes sich die Freiheit ihrer Entschliebung wahren könnten.

Deshalb ist es durchaus verständlich, wenn die Redakteure besonders der bürgerlichen Presse einen über die vertragliche Zusage hinausgehenden gesetzlichen Gesinnungsschutz fordern. Denn entweder ist die Presse eine dem öffentlichen Wohl dienende Einrichtung ebenso wie das Parlament und andere Körperschaften öffentlichen Rechts oder sie ist nur eine Inseratensammlung mit textlichen Beigaben. In Hunderten von Redaktionen haben Regierung und Gesetzgeber den öffentlichen Charakter der Presse anerkannt und ihm Reverenz erwiesen. Wenn aber die Presse als ein großes und notwendiges Volksbildungs- und Aufklärungsmittel und als ein staatspolitisches Machtinstrument anerkannt wird, dann muß dafür gesorgt werden, daß nicht unkontrollierbare Einflüsse die Federführung der geistig für den Inhalt Verantwortlichen zu lenken versuchen.

Die Tagung des Redakteur-Verbandes hat deshalb zum Ausdruck gebracht, daß sie dem Tarifwert, wie es von den Vertretern der Reichsarbeitsgemeinschaft empfohlen wurde, zwar im Prinzip zustimmt, es jedoch nur als Notbehelf gegenüber einer gesetzlichen Regelung ansieht.

Zweifellos ist im Strom der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung auch die Presse Wandlungen in ihrem Charakter unterworfen. Aber wie sich auch auf technischem und anderem Wege die Aenderungen einstellen mögen, ganz unbestreitbar und unverändert bleibt das Interesse der Öffentlichkeit an der geistigen Unbeflecktheit der redaktionellen Haltung der Presse in ihrer Gesamtheit. Mag es auch unter den Redakteuren selbst noch immer Elemente geben, die von sich aus durch die Art ihres Wirkens den Beruf der Zeitung als „Instrument der öffentlichen Meinung“ herabwürdigen, so kann das nicht hindern, daß gerade ein demokratisches Staatswesen durchsichtige Verhältnisse hinsichtlich der Kräfte verlangen muß, die in der Zeitung und durch sie auf das öffentliche Leben zu wirken suchen. Gerade die vielfach verschlungenen Wege, auf denen die Einflüsse des Kapitals und dunkler Interessengruppen sich in die Redaktionsführung der Zeitungen einzuschleichen suchen, erwecken und verstärken das Interesse an einer gesetzlichen Regelung der Rechte und Pflichten aller im Dienste der Öffentlichkeit stehenden deutschen Publizisten.

Der Konflikt in Sachsen.

Die Novelle zur Gemeindeverfassung angenommen.

Dresden, 26. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Nach 23stündiger bewegter Sitzung, die mit kurzen Unterbrechungen von gestern mittag 12 Uhr bis heute vormittag 11 Uhr dauerte, wurde vom Sächsischen Landtag die Novelle zur Gemeindeverfassung mit 62 Stimmen der Koalitionsparteien und Deutsch-

nationalen gegen 24 Stimmen der sozialdemokratischen Minderheit und der Kommunisten angenommen. Am 29. Mai beginnt die dritte Lesung.

Wanzentaktik.

General v. d. Goltz — Antistiker wird totgeschwiegen.

Gestern gab es im sogenannten Barmat-Ausschuß des Preussischen Landtags eine Sensation. Aber in der gesamten Presse der Reichten wird man vergebens nach dem beschiedenen Hinweis suchen. Wie konnten die Herrschaften ihre Ohren spizen, wenn im Ausschuss der Name irgendeines Sozialdemokraten fiel, der mit den aus der Haft entlassenen Barmats auch nur in allerferntester Beziehung gestanden hatte. Dann jagete es Ballenweilen, fettgedruckte Schlagworte usw., auch wenn es sich um den harmlosesten Vorgang der Welt handelte. Gestern nun wurde im Ausschuss festgestellt, daß Herr Iwan Antistiker zur Preussischen Seehandlung mit einem Empfehlungsschreiben des Generals Graf v. d. Goltz gekommen ist. Zwischen Antistiker und den Barmats ist, wie auch die Vertreter der Seehandlung immer betont haben, ein großer Unterschied. Antistikers Geschäfte tragen einen unweifelhaft schwindelhaften Charakter, während über die Kreditgeschäfte der Barmats mit der Preussischen Seehandlung bisher noch nichts Anstößiges hat festgestellt werden können.

Während aber die Rechtspresse über jede Empfehlung der Barmats ganz aus dem Häuschen war, wird die Empfehlung des geschäftlich höchst bedenklichen Herrn Antistiker durch einen preussischen General mit eisigem Stillschweigen übergangen. Dabei war der Vorfall gar nicht zu übersehen, da sowohl der Demokrat Ruchke wie Genosse Kuttner über dieses Thema einige sehr scharfe Fragen stellten, bei denen die Ausschussmitglieder der Rechte so in Resignation gerieten, daß der als Schriftführer (!) fungierende deutschnationale Abgeordnete Wiedemann einen seiner tobsüchtigen Schimpfsprüche bekam und vom Vorsitzenden Seidig nachdrücklich zur Ruhe verwiesen werden mußte.

Aber merkwürdigerweise hat schon der Nachrichtendienst des Bureau der Deutschen Zeitungsverleger über diese ganze Episode nur mit den Worten berichtet, daß unter den Empfehlungsschreibern Antistikers auch ein solches eines „General v. Goltz“ gewesen sei. Man wird sich hier auf Hör- oder Schreibfehler herausreden, obwohl ein Hörfehler ausgeschlossen und ein Schreibfehler gerade an dieser Stelle mehr als seltsam ist. Die natürliche Folge dieses seltsamen Berichtes ist, daß die von diesem Bureau bediente Presse zum großen Teil nicht erkannt hat, worum es sich handelte. Aber gerade die Rechtspresse hatte bisher eigene Berichterstatter im Ausschuss sitzen und ließ sich auch von den ihr nahestehenden Abgeordneten bedienen. Trotzdem tut sie so, als ob sie nichts wüßte. Wenn die Sache anfängt peinlich zu werden, stellt man sich eben tot.

Syrig und die deutschnationale Presse.

Die Beurteilung des Kronzeugen im Magdeburger Prozeß Syrig zu einer Gefängnisstrafe wegen sorgfältigen Diebstahls ist von der gesamten deutschnationalen Presse mit rührender Einmütigkeit glatt unterzogen worden. Die selben Blätter, die einst den verstorbenen Reichspräsidenten Ober auf Grund der offenkundig erlogenen Aussage dieses Mannes wochenlang in den Druck zogen, schämten sich offenbar, ihren Lesern mitzuteilen, daß der von ihnen einst, ebenso wie der Unterstützungsschwindler Sobert, so gefeierte „schlichte, deutsche Arbeiter“ ein Dieb war.

Der Syrig scheint sich überhaupt der besten Beziehungen zu den deutschnationalen, insbesondere zu ihren sogenannten Arbeitervertretern, erfreut zu haben. In der 21. Sitzung des Preussischen Untersuchungsausschusses über die Staatsbankkredite am 14. März war eine heftige Polemik über die Haltung der Presse entstanden, die durch einen Vorstoß des Zentrumsabgeordneten Dr. Schwering gegen die tendenziöse Art der Berichterstattung durch die Rechtsblätter verursacht wurde. Im Laufe der Debatte verjagte der deutschnationale Landtagsabgeordnete und Führer der gelben Gewerkschaften Wiedemann — Spandau eine

Retourkutsche gegen die republikanische Presse loszulassen, indem er u. a. ausführte:

„Wenn Sie speziell die Rechtspresse kritisieren, dann sage ich Ihnen: Das Recht steht Ihnen gar nicht zu. Ich weise auf einen Vorfall im Magdeburger Prozeß hin, da ist der Arbeiter Syrig in der sozialistischen und in der Zentrumspresse als ein vorbestraftes Individuum durchgezogen worden. Syrig ist ein Arbeiter, der niemals vorbestraft worden ist, niemals! Glauben Sie, daß die Ehre dieses Arbeiters Syrig weniger wert ist, als die des Reichskanzlers a. D. Bauer? In gar keiner Beziehung!“

Für die deutschnationale Presse ist offenkundig die Ehre ihres Kronzeugen Syrig viel mehr wert, als die anderer Menschen, denn sie hält sich nicht für verpflichtet, über seine Beurteilung auch nur eine Silbe zu melden.

Aus der Werkstatt der Philosophen.

Ein Beschluß zum Fall Gumbel.

Gegen den Privatdozenten der Heidelberger Universität Dr. Gumbel war vor einiger Zeit ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden, weil er aus seiner pazifistischen Einstellung heraus eine Bemerkung gemacht haben sollte, die ehrenrührig ist. Auf Grund dieses Verfahrens hat die philosophische Fakultät Heidelberg jetzt einen Beschluß gefaßt, in dem sie sagt, Dr. Gumbel habe durch sein Verhalten in allen Kreisen der Universität „starke und berechtigten Anstoß“ erregt und „die nationale Empfindung tief gekränkt“. Die Fakultät sehe sich genötigt, die Zugehörigkeit Dr. Gumbels zu ihr als durchaus unerschrocken zu bezeichnen, wenn sie auch von einem Antrag auf Entziehung der Venia legendi absehe.

Wenn man an die vielen Verstöße des Berliner Professors Schäfer, an das Verhalten des Heidelberger Universitätsprofessors Leonhard beim Beerdigungstage Rathenaus und an das gehässige antirepublikanische Verhalten vieler anderer Hochschullehrer denkt, kann man den Beschluß der Heidelberger philosophischen Fakultät nur lächerlich nennen. Die Objektivität, die die Fakultät bei Gumbel vermißt, ist bei den nationalistischen Hochschullehrern in noch viel geringerem Grade zu finden. Solange an den Hochschulen das geradezu staatsfeindliche Treiben zahlreicher rektoradvisatorischer Professoren geduldet wird, wirkt ein Beschluß wie der der Heidelberger Fakultät nur als Pöbel.

Im übrigen bestätigen die im Rahmen des Beschlusses veröffentlichten Gutachten durchaus die wissenschaftliche und geistige Qualität Gumbels, und es wirkt um so unsinniger, wenn der politischen Tätigkeit Gumbels die wissenschaftliche Eignung abgesprochen wird. Es braucht nur daran erinnert zu werden, daß seine Arbeit über die politischen Verhältnisse die Grundlage einer eingehenden Regierungsdenkschrift war, die in den meisten Fällen die Angaben Gumbels bestätigten mußte. Woher nimmt sich die Fakultät überhaupt das Recht, politische Werturteile abzugeben?

Zurückzuweisen ist es, wenn die philosophische Fakultät Heidelberg ihren Beschluß auf amtlichen Wegen und auf Staatskosten an alle Welt versendet und auf diese Weise den Versuch einer allgemeinen Diffamierung Gumbels unternimmt.

Monarchistischer Bankbetrug.

Wien, 26. Mai. (WZ.) Der Direktor der Nordisch-Oesterreichischen Bank, D. Baldeck, wurde heute wegen Vergehen der Betrügerei und Krida zu zwei Jahren schwerem Kerker verurteilt.

Diese Bank war ein monarchistisches Unternehmen, das den habsburgischen General und Landesverteidigungsminister Czapp zum Präsidenten und andere Stützen der ehemaligen Monarchie zu sonstigen Bürdenträgern gemacht hatte, um mit Hilfe ihrer persönlichen Beziehungen zu weiterdienenden hohen Beamten und zu monarchistisch beeinflussbaren Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Förderung, Schutz und — Fuldung auch in der Republik zu erlangen.

Berichtigung. Die Bestimmungen des neuen Lohnabzuges treten nicht, wie wir in der Vorgangsausgabe irrtümlich mitteilten, am 1. Juli, sondern am 1. Juni in Kraft.

Deutsche, italienische Oper.

Eine deutsche Aufführung von „Tristan und Isolde“ in der Staatsoper, eine italienische des Rossinischen „Barbier“ in der Volksoper: das gibt mancherlei zu denken, auch ohne Wertvergleich. Rossini gehörte einst mit Meyerbeer und Spontini zu den am meisten gebührenden, abgewehrten, getödeten Wagner-Feinden. Die große Oper sank in Trümmern und erhob sich nie mehr. Wirklich? Es gibt eine Schallersche Musikwelt, eine packende, theatralische, wirksamere, die mit ganz neuen Mitteln der Darstellung Anschlag an die Oper des Jahres 1850 sucht und findet. Eine Schallersche Oper bester Potenz. Aber die „Meisterfinger“ und der „Tristan“ stehen einlam da, noch immer ohne jede Möglichkeit einer Stil- und Schulweiterentwicklung. Das heißt aber, die Oper hat ihr Ende erreicht. Nur wer die Weisheit und Reife des Pflügerschen „Balestrina“, wer die Beglückung durch Rossinis „Doktor Faust“ erlebt, erfüllt hat, weiß, daß nach Mozart, Wagner, Verdi, daß nach Handel noch Möglichkeiten einer Opern-Oratorien-Entwicklung vorhanden sind. Wagner aber verdunkelte 50 Jahre alles. Eine gewisse Müdigkeit setzte im letzten Jahrzehnt ein. Man war des dogmatischen Tones nun endlich satt. Wirklich? Eine „Tristan“-Vorstellung in der Staatsoper zeigt, woran das lag. Eine Isolde wehrte allem steifen Pathos, aller deklamatorischen Ueblichkeit, aller gepreßten Haltung ab und sang ein rührendes, ergreifendes, hymnisches Lied ewiger Liebe: Barbara Kemp. Es leuchtete wieder Musik aus Seelenhintergründen auf, es litt ein Mensch und lehte an der Bühne, es sang eine ergreifende Stimme Melodie des Herzens, es suchte auf einem Anstich das Werden, Jubeln, Hin- und Her, das Mitleid und die Sehnsucht im Gleichklang mit der Musik. Die Tristan-Partitur, meisterlich gedeutet von Schilling, spielte sich in neuer Tönung in unser Herz hinein; und die Brangäne der Frau Cahier schritt erhaben, glanzvoll neben ihr her.

Italien aber heißt immer noch das Mutterland der Oper. Das mag geschichtlich stimmen. Sicher oder haben wir in Deutschland die besten Operndirigenten. Egitto Tanco, der die Mailänder Stagione führt, taktiert mathematisch, wohl mit Schwung, doch mit einem Willen zur Exaktheit, die trocken wirkt. Sein Tempo ist von dem unferigen weit entfernt, die Präzision, die seinem Musikantentum Schlingen legt, wirkt verwirrend auf Temperamente der Bühne und des Publikums. Die Barbier-Aufführung tangt nicht, sie schreiet fort; eine Parole, wie die Poppourri-Duettüre ist nicht brillant gefaßt, sondern behäuflich hingelagt. So muß sich der spielerisch flotte Rigaro Bonellis Zwang antun, was bedauerlich ist, da er viel Humor noch an den Tag zeigt. Innerlich ist er wohl mehr routiniert als heiter und seine Stimme klingt forciert, unfrei, belegt. Sehr gewandt, mehr als das: anseuernd komisch sowohl der Bartolo Fiores wie die schwarze Köhre Bassilio-Rarone. Die Guglielmotti gilt als Star. Ein jähliches, freundliches, schnippisches, bewegliches Ding. Der Sopran Mezzini, schmeidend, wenn es in die Fortschöden geht, weich und angenehm timbriert nur in der Mittelstige. Die Reingung, zu hoch zu singen und zu schreiben, deintfächtigt die Wirkung einer sonst sparten Leistung. Wir haben solche Rossinchen auch in unserem

Land, und ich glaube sogar, unsere ganzen Barbier-Aufführungen sind besser, lustiger, italienischer. „Mailänder“ Opern-Stagione? Ob die geographisch-pupillare Sicherheit der Agenten erwiesen ist? Ein ganz klein wenig schmiedete doch alles nach Provinz. Nur die Jungentfaltung ist unvergleichlich. Kurt Singer.

Russische Premierieren. Das „Theater der Revolution“ in Moskau brachte vor kurzem die Komödie „Der Lustkuchen“ von Komasschowa heraus. Das Stück behandelt ein aktuelles Problem des russischen Lebens, nämlich die Spekulation und Schiebergeschäfte von Kommunisten, die durch die neue Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung zu leitenden Stellungen in Banken und Trusts gelangt sind und hier ihre kommunistischen Ideale vergessen haben, um sich unter der Hand auf gut kapitalistische Art zu bereichern. Die Komödie spiegelt die Sitten der sowjetischen Finanzwelt unverhohlen ab und erfreut sich beim Moskauer Publikum eines großen Erfolgs. In Petersburg wurde im Staatstheater ein Stück uraufgeführt, das historische Personen der jüngsten Vergangenheit, darunter auch einige noch lebende, auf der Bühne zeigt. Es heißt „Die Verschönerung der Kaiserin“ und schildert die dramatischen Vorgänge der letzten Regierungszeit des Zaren sowie die Ermordung Rasputins und den Revolutionärausbruch. Rasputin beschwört die Jarin, ihren von der Entente betörten Gemahl zu stützen, die Macht an sich zu reißen und, um den wankenden Thron zu halten, einen Sowjetfrieden mit Deutschland zu schließen. Der Plan wird von der Gegenpartei entdeckt und durch die Ermordung Rasputins zum Scheitern gebracht. Eine von den handelnden Personen ist der Schieber-Bankier Rubinshtein, der während der Inflationzeit auch in Berlin aufgetaucht, wo er wegen unerlaubter Valutaspekulationen vorübergehend verhaftet wurde.

Vom Koffeehaus zur Weltfirma. Der König von England hat dieser Tage den Grundstein für das neue Hauptgebäude des weltberühmten Schiffahrtsinstitutes von Lloyd gelegt. Diese Firma, die in der Versicherung und Klassifizierung der Schiffe führend ist, hat sich aus ganz kleinen Anfängen entwickelt. Der Begründer der Weltfirma war der Koffeehausbesitzer Edward Lloyd, in dessen Kaffee sich gegen Ende des 17. Jahrhunderts Schiffskapitäne, Seeverversicherer und Kaufleute zu versammeln pflegten. Da diese Gänge viel über Schiffe sprachen und allerlei Neuigkeiten mitteilten, so kam der schlaue Cafetier auf den Gedanken, diese Nachrichtenquelle auszunutzen, und andererseits vor ihm auch daran gelegen, den Gästen seines Kaffees möglichst rasch Neuigkeiten zu vermitteln, um sie auf diese Weise als Stammkunden zu fesseln. Er rief daher ein Nachrichtenblatt ins Leben, das als „Lloyds News“, die älteste englische Zeitung darstellte. Aus der Versammlung der Reeder, Agenten und Kapitäne in seinem Kaffeehaus wurde Anfang des 18. Jahrhunderts eine Versicherungsgesellschaft, die dann allmählich zu einem Weltruf gelangte. Heute sind die aus dieser Zeitung entstandene „Lloyds List“, sein „Index“, der die Schiffsunfälle zusammenstellt, und sein „Register“, das sämtliche Schiffe der Welt klassifiziert, die maßgebenden Veröffentlichungen auf diesem wichtigen Gebiet. Alle Nachrichten von sämtlichen Meeren des Erdballs strömen bei Lloyds zusammen, und das Institut ist für die Weltschiffahrt maßgebend geworden.

Das Radio-Grammophon. Dank einer neuen Erfindung, mit der englische Klätter soeben die Öffentlichkeit bekanntmachen, wird es in Zukunft möglich sein, die durch den Radio-Sender übermittelten Reden und musikalischen Darbietungen sozusagen „auf Stahlband zu füllen“, d. h. sie für die Nachwelt aufzubewahren, wie es heute schon mit Filmbändern und Grammophonplatten geschieht. Die Erfindung bietet überdies noch den weiteren Vorteil, daß sie es ermöglicht, ohne Rücksicht auf die atmosphärischen Bedingungen musikalische Vorträge aus den weitesten Entfernungen zu übermitteln. Um sich eine Vorstellung von dem Verfahren zu machen, muß man weniger an eine Grammophon-Platte als an das kinematographische Verfahren denken. Nur wird hier der Zelluloidstreifen durch ein Stahlband von bestimmter Länge ersetzt, das auf eine Spule aufgerollt wird. Wie der kinematographische Apparat auf dem Zelluloidstreifen unaufhörlich Bild auf Bild fixiert, so bewirkt hier ein starkes magnetisches Lager auf dem Stahlband, das langsam das Aktionsfeld passiert, magnetische Eindrücke. Die Worte und Töne kommen gewissermaßen zum „Geirieren“ auf dem Stahlband, auf dem sich Zentimeter für Zentimeter die wechselnden Nuancen der Magnetisierung einprägen, die genau den Toncharakteren der Menschenstimme und der Instrumente entsprechen. Das magnetisierte Band wird auf einer Spule aufgerollt. Zur Reproduktion genügt es, das Band über ein zweites magnetisches Lager abzurufen. Vermittels eines telephonischen Empfängers gibt es dann die Toneindrücke, die es empfangen hat, mit bemerkenswerter Reinheit und Genauigkeit wieder. Das Verfahren kann nach beliebig langer Zeit und beliebig oft wiederholt werden.

Ein internationaler Schriftsteller-Kongreß. Ein internationaler Kongreß, an dem mehr als 100 Delegierte der Schriftsteller-Bereinigungen von 22 Nationen teilnehmen, findet in Paris statt. Deutschland ist durch Heinrich Mann vertreten, Oesterreich durch Hugo von Hofmannsthal. Die Hauptvertreter Frankreichs sind Paul Valery und Georges Duhamel, die Englands Galsworthy und Mrs. Dawson Scott. Die Amerikaner haben Gertrude Atherton, S. Marks und B. Woodard geschickt. Italien repräsentiert Luigi Pirandello, Spanien Riquelme de Alarcon, Rußland Alexander Kuprin und Norwegen Johan Bojer.

Vorträge. Mittwoch, abends 8 Uhr, Ibricht Sommerstr. 4a der ehemalige Direktor des Deutschen Realgymnasiums in Leipzig, Dipl.-Ing. Kaestl, über: „Wirtschaftsprobleme und Kulturfragen in Transkaukasien“. Einladungsarten gratis in der Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas, Friedrichstr. 103, Zentrum 2471—2472.

Ausstellung. Die Kunsthandlung Fritsch & Co., Postamer Str. 113, eröffnet am Mittwoch eine Gedächtnisausstellung für Dora Ditt, in der Gemälde, Skulpturen und Zeichnungen der 1924 verstorbenen Künstlerin gezeigt werden.

Eine große deutsche Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Lebensübungen wird von der Stadt Düsseldorf für 1926 vorbereitet. Unter Mitwirkung von Regierungsstellen und vielen Berufsvereinigungen. Die Ausstellung soll Deutschlands Leistungsfähigkeit auf diesem in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung bedeutsamen Gebiete vorführen.

Die Selbstmorde in der Reichswehr. Erschreckende Zahlen.

Die Selbstmorde in der Reichswehr haben in den letzten Jahren so stark zugenommen, daß sich der Hauptauschuß des Reichstags veranlaßt sah, sich mit diesen Dingen in einer Sonderprüfung am Montagabend zu beschäftigen.

Genosse Stücken gab als Berichterstatter einen Überblick über die Selbstmorde im Jahre 1923. Danach haben 127 Soldaten im Alter von 20 bis 22 Jahren ihrem Leben durch Selbstmord ein Ende bereitet. Bei 4 Selbstmorden war Mißhandlung die Ursache. Ein Vertreter des Reichswehrministeriums gab dann ein erschreckendes Bild über die Selbstmorde im Jahre 1924. In diesem Jahre haben 180 Reichswehrsoldaten Hand an sich selbst gelegt. Bei 27 blieb es bei einem Versuch. Die höchste Zahl der Selbstmorde fällt in das 21. Lebensjahr (29). Im 22. Lebensjahre wurden 27 Soldaten zu Selbstmördern, 17 waren 20 Jahre alt, 13 zählten erst 19 Jahre, 7 hatten eben das 18. Lebensjahr erreicht und 2 waren erst 17 Jahre alt. Unter den Selbstmördern befanden sich 2 Offiziere, 60 Unteroffiziere bzw. Gefreite und 98 Mannschaften. Merkwürdigerweise sind die Selbstmörder durchweg Leute mit guter Führung. Als Gründe für den Selbstmord werden u. a. angesehen Diebstahl, Unterschlagung, rechtswidriger Woffengebrauch, Täuschung gegen einen Vorgesetzten, Wachübergabe, unerlaubte Entfernung oder Ungehorsam, die insgesamt zu 43 Selbstmorden führten. In 35 Fällen waren Liebeskummer, Eifersucht und Alimentenlosigkeit der Grund, in 19 Fällen Krankheit oder Furcht vor der Krankheit; geistige Minderwertigkeit in 16 Fällen, während 6 Soldaten wegen schlechter Behandlung Selbstmord begingen. Die Länge der Dienstzeit dürfte vielfach als mitwirkende Ursache der Selbstmorde zu gelten haben.

Genosse Moser wies auf das Mißverhältnis zwischen der Zahl der Todesfälle durch Krankheit (187) und die Zahl der durch Selbstmord und Unglücksfälle aus dem Leben geschiedenen Reichswehrsoldaten (185) hin. Dieses Mißverhältnis sei so ungeheuer, daß der Reichstag allen Grund habe, diese Dinge zu untersuchen. Es müsse u. a. einmal geprüft werden, wie es möglich sei, daß im Jahre 1923 im Wehrkreiskommando VI 9 Selbstmorde, im Wehrkreiskommando III dagegen 39 Selbstmorde zu verzeichnen waren. Die Behauptung der Heeresleitung, daß schlechte Behandlung nur selten zu Selbstmorden geführt habe, scheine nach den bei allen Fraktionen eingehenden Mitteilungen nicht ganz zutreffend zu sein. Der Redner schlägt vor, daß jeder Selbstmord in der Reichswehr dem parlamentarischen Beirat des Reichswehrministeriums zur Kenntnis gegeben werden möge und daß diesem wiederum die Gelegenheit gegeben werde, jeden Fall prüfen zu können. Dieser Gedanke wird auch vom Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) unterstützt. Reichswehrminister Dr. Gessler erklärt sich mit dem Vorschlag des Genossen Moser einverstanden. Er kündigt eine Veränderung des Militärstrafgesetzbuches an, dessen Härte also doch nicht ohne Einfluß auf die Zahl der Selbstmorde zu sein scheint. Auch die Versorgungsfrage nach der Entlassung aus dem Dienste werde neu geregelt werden. Der Minister hofft, daß es gelingen wird, die bestehenden Mängel zu überwinden.

Geheimer Legationsrat Hommerich ist gestern abend nach kurzem, schwerem Leiden gestorben. Er gehörte seit einigen Jahren der Presseabteilung der Reichsregierung an, und die gesamte Presse verlor in ihm einen wahrhaft liebenswerten Kollegen, der in seiner amtlichen Eigenschaft stets bereit war, der Presse alle von ihr gewünschten Auskünfte nach Möglichkeit zu geben und die Arbeiten der Pressevertreter in jeder Weise zu fördern und zu erleichtern. Vor seinem Eintritt in die Presseabteilung hatte Hommerich eine leitende Stellung in der Redaktion der „Germania“ bekleidet, und er hat nie ein Hehl aus seiner wahrhaft demokratischen und sozialen Denkwelt gemacht. Er hat noch nicht einmal das Alter von 50 Jahren erreicht und noch vor kurzer Zeit hätte seiner von seinen Bekannten an ein so frühes Ende des kräftig gebauten und immer fröhlichen Mannes geglaubt.

Der Pfingstverkehr beginnt.

Die Vorbereitungen für die Pfingstfahrten werden von beiden Seiten, von den Reisenden sowohl wie von Verkehrsanstalten auf das eifrigste betrieben. Hoffentlich wird nach so vielen Wochen prachtoollen Wetters nicht alles zu Wasser.

Zur Bewältigung des Pfingstverkehrs werden in Richtung Steintin-Belgard und Stralsund vom Steintiner Bahnhof bereits vom 20. d. M. ab Vor- und Rückzüge zu den Hauptzügen abgelassen. Außerdem verkehren noch nachfolgende Züge vom Steintiner Bahnhof: Am 30. Mai Personenzug 447 nach Freienwalde a. d. Oder; Berlin ab 12,35 nachmittags. Am 31. Mai und 1. Juni Personenzug 457 nach Freienwalde a. d. Oder; Berlin ab 7,19 vormittags. Der belichteste Personenzug 165 am 30. und 31. Mai nach Steintin; Berlin ab 11,30 nachts. Am 31. Mai wird der Personenzug 225, Berlin ab 7,25 vormittags bis Fürstberg durchgeführt. Am 29., 30. und 31. Mai der zusatzfreie Einzug 111 nach Barnemünde; Berlin ab 8,30 vormittags. Am 30. Mai Vorzug D 35, Berlin ab 1,15 nachmittags, nach Heringsdorf und Hauptzug D 35, Berlin ab 1,25 nachmittags, nach Finnawitz. Am 30. und 31. Mai Personenzug 209 nach Neubrandenburg-Stralsund; Berlin ab 9,40 vormittags. Am 30. und 31. Mai Personenzug 713 nach Steintin-Stargard; Berlin ab 8,25 vormittags. Am 31. Mai D-Zug 31, Berlin ab 8,20 vormittags, nach Heringsdorf. Am 30. Mai Vorzug 645, Berlin ab 1,03 nachmittags, und Vorzug 647, Berlin ab 7,01 nachmittags, nach Neuruppin. Am 31. Mai Vorzug 653, Berlin ab 6,43 vormittags, nach Neuruppin. Der für Sonn- und Festtage vorgesehene Personenzug 650, Neuruppin ab 9,50 abends, Berlin Steintiner Bahnhof an 12,07 nachts, verkehrt bereits vom 17. Mai d. J. ab.

Einige Veranstaltungen verdienen besonderer Erwähnung. Eine dreitägige Pfingstfahrt (sowie allwöchentlich zmeitägige Wochenendreisen) nach Dresden und in die Sächsisch-Schweiz veranstaltet der Volksreisebund, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 41, eine gemeinnützige Organisation zur Förderung und Beförderung des Reisens. Der Preis dieser Reisen ist, einschließlich sämtlicher Fahrtkosten, Ueberrachten, Verpflegung, Beförderungen, ob Berlin und zurück 27,50 M. bzw. 20 M. Ausführliches Programm wird kostenlos zugesandt. — Der Norddeutsche Lloyd veranstaltet an beiden Pfingsttagen Fahrten mit dem Dampfer „Grüggott“ von Bremerhaven nach Helgoland. Zwischen Bremen-Hauptbahnhof und Bremerhaven-Longhale ist für beide Tage Güterzuganschlugh vorhanden. Für die Fahrten werden Sonntagsrückfahrkarten zu ermäßigten Preisen ausgegeben, die zur Hin- und Rückfahrt an je einem der beiden Pfingsttage benutzt werden können. Es ist mit ihnen aber auch ohne Nachzahlung am ersten Pfingsttage die Hin- und Rückfahrt nach Helgoland und am zweiten Pfingsttage die Rückfahrt zulässig. Frühzeitige Buchung der Fahrten wird empfohlen. — Den Bemühungen des Landrats des Kreises Rügen ist es auch gelungen, die Eisenbahnverwaltung zu veranlassen, auf der Strecke Berlin-Lauterbach (Rügen) schon ab 27. Mai morgens die direkten Züge nach Lauterbach (ab Berlin 8,35 Uhr früh) und ab 28. Mai von Lauterbach nach Berlin (10,45 Uhr ab Lauterbach) einzulegen. Am 31. Mai und 1. Juni wird morgens ein Zug 6,38 Uhr von Stralsund nach Sahnitz und abends 9,45 Uhr ab Sahnitz nach Stralsund zurückfahren. Der Verband Deutscher Ostseebäder (E. V.) hat es sich zur Aufgabe gemacht, in diesem Sommer Wochenendfahrten nach den schönsten Ostseebädern zu veranstalten. Die erste Fahrt wird als Pfingstkreise unternommen und geht über Swinemünde, Heringsdorf nach Sahnitz-Stubbentammer. Die Zahlung eines äußerst kalkulierbaren Preises begreift Fahrt, Verpflegungs- und Unterkunftskosten für drei volle Tage in sich, so daß die Teilnehmer sich sorglos unter kundiger Führung der Reisesandl...

erzählen und trotz der kurzen Reisedauer volle Erholung finden können. Auskunft beim Verband Deutscher Ostseebäder (E. V.), Unter den Linden 33.

Ein zudringlicher Hausherr.

Einen recht eigenartigen Begriff von dem Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer scheint sich der 32 Jahre alte Obstgärtner Ernst Werl aus Redlig bei Potsdam zu machen, der anzunehmen scheint, daß das Dienstverhältnis einer Hausangestellten auch zu einem „Verhältnis“ mit dem Hausherrn führen müsse. Ein Prozeß vor dem Potsdamer Amtsgericht bewies jedenfalls wieder einmal, wie schmutzig oft eine Hausangestellte ist.

Werl suchte anfangs dieses Jahres für seinen frauenlosen Haushalt ein Mädchen für alles. Durch den Verein Frauenheim in Berlin, Franzfurter Allee, wurde ihm die 19jährige Toni St. am 15. Januar überliefert. Bereits nach wenigen Wochen konnte das junge Mädchen die peinliche Feststellung machen, daß der Hausherr den Versuch machte, sich ihr eines Nachts in ungebührlicher Weise zu nähern. Als sie den Zudringlichen energisch abwehrte, kündigte er dem Mädchen noch in derselben Nacht. Für den Obstgärtner jedoch war die Folge die Anklage wegen tätlicher Beleidigung. In der Verhandlung vor dem Potsdamer Amtsgericht gab er im wesentlichen den Tatbestand zu, meinte aber, daß nichts geschehen sei. Die Klage wurde er in der Nacht ausgesprochen, weil das junge Mädchen angeblich keine Personallien besaß. Auch schob er die Schuld auf den Genuß von Alkohol. Die Zeugin, Fräulein St., teilte jetzt dem Richter mit, daß es der Obstgärtner mit einer gewissen Hedwig U. ebenso gemacht und im übrigen gefogt haben soll, daß „er es mit allen seinen Dienstmädchen ebenso gemacht habe“. Auf Grund dieser Aussage wurde der Termin vertagt, um die Oberchwester des Frauenheims und Hedwig U. zu laden.

Albert Taubmann.

Am Sonnabend, den 23. Mai, ist unser Parteigenosse, der Stadtrat Albert Taubmann, einem Herzschlag erlegen. Mit ihm geht wieder einer der Besten dahin. Von Beruf Buchdrucker, schloß er sich schon frühzeitig der Gewerkschaft und dem damaligen Arbeiterbildungsverein an. Seit den neunziger Jahren wirkte er in Weichensee, wo er sich bald das volle Vertrauen nicht nur der arbeitenden Bevölkerung erwarb. Er versah hier die verschiedensten Funktionen, auch solche, die über den Ort hinausragten. So war er örtlicher Parteivorstand, Kreisvertrauensmann für den Kreis Niederbarnim, Mitglied der Reuenerkommission, zu wiederholten Malen auch Parteitagdelegierter. Die Haupttätigkeit Taubmanns lag auf kommunalpolitischen Gebiet. Schon im alten dörflichen Weichensee nahm er sich als Gemeindevorsteher der Interessen der arbeitenden Bevölkerung an. Nach dem Umsturz der Verhältnisse wurde er 1919 beauftragt, Schöffe der Gemeinde Weichensee und dann nach erfolgter Eingemeindung 1921 stellvertretender Bürgermeister des 18. Verwaltungsbezirks. Erst vor einigen Wochen feierte der Verstorbene sein 25 jähriges Kommunaljubiläum.

Genosse Albert Taubmann war ein gerader Charakter und von seltener Gewissenhaftigkeit befeelt. Wo er helfen, wirken und unterstützen konnte, war es stets zur Stelle. Diese Eigenschaften, wie sein ganzer Dienst für die arbeitende Bevölkerung, werden ihm stets ein ehrendes Andenken sichern.

Berliner Wanderarmenfürsorge.

In der Jahreshauptversammlung der Zentrale für private Fürsorge wurde die Wanderarmenfürsorge erörtert. Der Berliner Bürgermeister Scholz berichtete darüber, was auf diesem Gebiet bisher getan worden ist und was in der nächsten Zeit die Stadt Berlin tun will. Für Berlin sei die Frage der Wanderarmenfürsorge von besonderer Wichtigkeit, weil die in Preußen beschäftigten polnischen Schnitter, nachdem der Heimkehrzwang beseitigt worden ist, größtenteils im Winter nicht in ihre Heimat zurückkehren. Viele von ihnen halten sich arbeitslos und obdachlos in Berlin auf, vermehren die Schaar der hier zusammenströmenden Arbeits- und Obdachlosen, leben in Not und Schmutz, verursachen der Stadt erhebliche Kosten und bilden eine Gefahr für die Volksgesundheit. Wanderarbeitshäuser sind in der Provinz Brandenburg schon vor Jahrzehnten gegründet worden, aber noch jetzt können alle zusammen nicht mehr als 1200 Personen aufnehmen. Auch die Bodelschwingshagen Anstalten, die bei Bernau liegenden Kolonien Hoffnungstal, Lobetal und Gnadenhof, die der Vortragende rühmte, bestehen schon seit vielen Jahren. Die Stadt Berlin will die Mehrzahl privater Heime dieser Art durch Darlehen fördern, An ihr Obdach zu entlasten. Sie selber hat erst 1923 bei ihrem Arbeitshaus eine kleine Arbeitslosenkolonie eingerichtet, die nur 50 Personen aufnehmen und beschäftigen kann. Auch die Reform des Obdachlos gehörig zu den Maßnahmen der Wanderarmenfürsorge, unter anderem die dort geschaffene Arbeitsstätte, die Obdachlose auf freiwillige Meldung beschäftigt. Geplant ist aber auch, eigene Anstalten der Stadt nach dem Muster der Bodelschwingshagen Anstalten zu schaffen, um Obdachlosen mehr Arbeitsmöglichkeiten bieten zu können. Der Erwerb des Gutes Ribbeckshorn, das 12 Kilometer nördlich von Rauen im Havelländischen liegt, soll der Anfang sein. Zu diesem etwa 1000 Morgen großen Gut gehören noch ein paar hundert Morgen Oedland, die melioriert werden sollen, wobei auch die Möglichkeit der Unterbringung und Ausnutzung von Berliner Müll gegeben ist. In der Aussprache, die sich an den Vortrag knüpfte, wurde besonders eingehend die Schwierigkeit der Fürsorge für die zugewanderten und hier arbeitslos und obdachlos bleibenden Jugendlichen erörtert. Stadtrat Wenig, die Vorsitzende der städtischen Deputation für Jugendwohlfahrt, teilte mit, daß die beim Polizeipräsidium bestehende Wohlfahrtsstelle jährlich 7000 Jugendliche erlöset, darunter ein Drittel Mädchen. Geplant ist, von dort aus die Jugendlichen einem besonderen Jugendheim zuzuführen, das noch zu schaffen wäre. In ihm sollen die Jugendlichen bleiben, bis die Eltern sie abholen. Genossin Wenig betonte die Notwendigkeit, auch zum Schutz der Frauen, die als Wanderarme oft in Begleitung ihrer Kinder umherirren und bitterem Elend ausgesetzt sind, mehr als bisher zu tun.

Die „Heilscherin“.

Das Metropol-Varieté stellte die geheimnisvolle „Seherin“ Madame Karoly vorerst einem geladenen Publikum vor. Die Erwartungen der Erschienenen sind nicht nur nicht hoch, sie sind gar nicht gespannt. Man kennt dergleichen nun schon zur Genüge, weiß, daß die „Seherin“ mit ihrem Manager kommen wird, der die vom Publikum gewünschten Fragen stellt, die sie dann beantwortet. Es mag ja möglich sein, aus einer bestimmten Fragestellung die Antwort lesen zu lernen; daß es möglich ist, davon haben wir hinreichende Beweise.

Es verläuft anders. Herr Karoly hypnotisiert seine Frau oder gibt wenigstens vor, es zu tun, verbindet ihr dann die Augen und dreht ihre Stuhl so, daß sie dem Publikum den Rücken zudreht. Er selber steht im Saal, bezieht sich die Gegenstände, die eraten werden sollen; die Frage danach stellt jedesmal der Besizer, jedesmal mit denselben Worten. Durch welchen Trick findet Frau Karoly die Antwort? Niemand von den Anwesenden vermag es zu ergründen, auch nicht zwei Spezialärzte, die zugegen sind und die einer Reihe von Bräutatorführungen im Beisein von Geheimrat Moll und Professor Dessoir beigewohnt haben, die noch immer mit dem Medium experimentieren. Von Professor Dessoir hypnotisiert, soll Frau Karoly übrigens die gleichen Fähigkeiten gezeigt haben. In allen diesen Provasitionen wurden ihr, um Mitteilungen durch Klappergläser unmöglich zu machen, die Ohren von einem Berliner Ohrenarzt verschlossen. Urgend eine Verständigung wird ja trotzdem vorliegen; immerhin ist es für den Uneingeweihten überraschend, wie sie Namen buchstabiert und errät, Zahlen und Gegenstände

nenn. Sollte aber in der Tat dies ein echter Fall von Telepathie sein, so würde Frau Karoly, wie ein Witzbold sagte, wenn auch nicht in die, so doch auch in der Zukunft „hell“ sehen können. — Man wünscht ihr das erstere gleichfalls. Während man das Ehepaar beobachtet, interessiert plötzlich die Kunst der beiden recht wenig, die ja im besten Falle ein medizinisches Problem bedeutet. Aber da stehen zwei Menschen, die nichts als das Können, die damit ihr Brot verdienen müssen. Man bemerkt den billigen Schleierstoff, der das fallweise gepuderte Gesicht der Frau mit den schwarz untermalten Augen und den grellrot gemaltem Lippen umhüllt, das einfache Kleid aus dem gleichen Material, den durchaus nicht tadellosen schwarzen Anzug des Mannes, ja sogar den Jungen des Ehepaars, der im Saal herumspriht mit einem Leddbären, der viel zu weiß ist, als daß er das tägliche Spielzeug des Kindes sein könnte. Für den, der sehen kann, ist vor den Kulissen oft mehr Lebenswahrheit als dahinter. —

Ins Varieté mag gehen, wer nicht weiß, was er mit überflüssigem Gelde beginnen soll; vielleicht ist es nicht ganz sinnlos ausgegeben, wenn etwas davon dem Ehepaar Karoly zugute kommt. Heilscher — so scheint mir — stehen zurzeit nicht allzu hoch im Kurse.

„Saufwind“.

Jeder gutsituierte Schieber, der den unanfechtbaren Nachweis erbringen kann, daß er mehr Schulden hat als Sand am Meer, ist im Besitz eines eleganten Autos, von dem er im allgemeinen nur das notwendige Benzin bezahlen kann. Wir haben Flugzeuge, die mit allen technischen Raffinements der Neuzeit bedient, die Reisenden tatsächlich „im Flug“ von einem Ende dieser bejammernswürdigen Erde zum anderen expedieren. In Amerika, dem Lande der ungeschätzten Möglichkeiten, ist man nach dem genialen Plan eines geschäftstüchtigen Ingenieurs drauf und dran, Luftfahrzeuge mit Jazbandkapellen und fliegenden Kabarets auf die Flugzüge zu stellen.

Nach dieser langen Vorrede: hier soll von den jetzt in Gebrauch gekommenen Kinderfahrrädern (Format 4—12 Jahre!) die Rede sein, die unter dem gartenlaubhaften gezeckerten Namen „Saufwind“ über Nacht eine Art Modeartikel des Berliner Spielzeugmarktes zu werden scheinen. Nur muß unter allen Umständen eine Invasion der rabelnden Kinderheerscharen werden. In stillen Straßen mögen die Kleinen nach Herzenslust auf ihrem Miniaturrad Giledertraining üben. Ein netter Sport, der auch in gesundheitlicher Beziehung schon seine Chancen hat. Ganz Deutschland also radelt — vom 4jährigen Baby in Kleinkinderhöschen bis zum vermittelten 65jährigen Rummelgaleis. In Riefenmüdrungen gehts einer besseren Zukunft entgegen. — Oder nicht? Das muß man mit einem nassen und einem heiteren Auge abwarten.

Die Stadtoertordnungsversammlung hat in dieser Woche keine Sitzung. Die nächste Sitzung wird erst am 4. Juni abgehalten.

Keine Erhöhung der Juni-Miete. Wie der Amtliche Preußische Preßedienst von zuständiger Stelle erfährt, bleibt die Miete für Monat Juni dem Mai gegenüber unverändert. Sie beträgt also 76 Proz. der Friedensmiete bzw. 72 Proz., soweit Schönheitsreparaturen zu Lasten der Mieter gehen.

Die Einbürgerung des Genossen Taubmann findet am Donnerstag, den 26. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Aramatorium Gerichtstraße statt.

Geschäftliche Mitteilungen.

Von vollständig anerkannten Modelldruckern entworfenen Zugversuche zu fabelhaft billigen Preisen bei guter Ware bringt das bekannte **Speziallabor**, Königstraße 26, mit seinen Filialen Retzstrasse 13 und Franzfurter Allee 54. Diese Firma mit ihrem großen Lager von über 50000 Paaren Damen-, Herren- und Kinderhübschen bringt eine so reichhaltige Auswahl, daß auch der verwöhnteste Geschmack dort auf seine Rechnung kommt. Einige Beispiele der enormen Leistungsfähigkeit der Firma zeigt das heutige Inserat.

Gewerkschaftsbewegung

Verkehrsstreit!

Heute abend werden die Straßenbahner, Hochbahner und Omnibusbediensteten zu dem Stande ihrer Lohnbewegung Stellung nehmen. Nach dem ganzen bisherigen Verlauf der Verschleppung der Anträge der Angestellten und dem abbleibenden Verhalten der Direktionen der Omnibus- und Hochbahngesellschaft, kann das Ergebnis der Entscheidung kaum mehr zweifelhaft sein.

Gelingt es nicht, noch in letzter Stunde, eine Verständigung herbeizuführen, unter weitgehendster Beteiligung der Forderungen des Fahrpersonals, dann wird allerdings der vorzeitig angekündigte Stillstand der Verkehrsmittel zu Pfingsten zur Tatsache werden.

Wohl die übliche Rolle spielt auch diesmal wieder die Hochbahn, die trotz starker Erhöhung der Fahrpreise, sich immer noch nicht zu einer angemessenen Entlohnung ihres Personals ausschwingen kann.

Die Sicherheit der Berliner Verkehrsverhältnisse duldet einfach kein schlecht bezahltes, d. h. schlecht ernährtes und ständiger Nahrungsvorgang ausgeliefertes Personal. Nur ein ordentlich entlohntes Personal kann seine volle Aufmerksamkeit dem Betriebe zuwenden. Die gesamte Bevölkerung hat ein Recht zu fordern, daß auch in dieser Beziehung hinsichtlich der Verkehrssicherheit alles menschenmögliche geschieht.

Kommt es zum Verkehrsstreit zu Pfingsten, dann ist das die Schuld der Direktionen der drei Verkehrsbetriebe, nicht die Schuld der Angestellten, die große Geduld an den Tag legen und auch jetzt nicht ohne zwingende Gründe in den Streit eintreten werden, solange sich noch irgendein gangbarer Ausweg zeigt.

Die Tarifbewegung sämtlicher Verkehrsangestellten Berlins, die schon seit einigen Wochen läuft, ist nunmehr in ein entscheidendes Stadium eingetreten. Wie wir bereits mehrfach im „Vorwärts“ mitteilen, haben die Direktionen der Hoch- und Untergrundbahn, der Straßenbahnbetriebsgesellschaft und der Omnibusgesellschaft die Lohn- und Kantelarrforderungen des technischen sowohl als auch des Fahrpersonals abgelehnt. Besonders bei der Omnibusgesellschaft, wo der Kantelarr bereits am 31. März abgelehnt war, ist eine starke Mißstimmung des Personals gegen die Direktion festzustellen. In der Nacht von Montag zu Dienstag wurde unter dem Personal eine Urabstimmung darüber vorgenommen, ob die Angestellten unter den bestehenden Dienst- und Lohnverhältnissen weiterarbeiten wollen oder ob sie sich durch einen Kampf, d. h. in diesem Falle Streit, bessere Verhältnisse schaffen wollen. Obwohl das Abstimmungsergebnis bei Schluß des Abendblattes noch nicht in allen Einzelheiten vorliegt, ist aber bei der Stimmung des Omnibuspersonals mit aller Bestimmtheit damit zu rechnen, daß sich eine überwältigende Mehrheit für den Streit erklären wird. Jedensfalls wird das Personal in einer Versammlung, die nach Betriebsruhe in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag stattfindet, zu dem Ergebnis der Urabstimmung endgültig Stellung nehmen. Auch das Personal der Hochbahn wird in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag die gleiche Urabstimmung vornehmen, um in einer am Donnerstagabend stattfindenden Versammlung weitere Maßnahmen zu treffen.

Straßenbahnerstreit in Halle.

Halle, 26. Mai. (Zll.) Das Fahrpersonal der Straßenbahn hat den in Berlin gefällten Schiedspruch, der ihm vom 15. April ab eine vorläufige Zulage von drei Pfennigen für die Stunde bewilligt, abgelehnt und in einer Nachsitzung beschlossen, heute in den Streit zu treten.

Ausreden statt Ratifizierung.
Erklärungen der Regierungsvertreter.

Genf, 26. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Internationale Arbeitskonferenz brachte am Montag vormittag die Aussprache über den Bericht des Direktors des Arbeitsamtes. Bis zum April 1925 waren durch das Amt 146 Ratifikationen von Abkommen veröffentlicht, 33 vollzogen und 121 vorgeschlagen. Genosse Mertens (Belgien) forderte namens der Arbeitnehmergruppe von den Regierungsvertretern Auskunft über die grundlegende Stellungnahme zum Washingtoner Abkommen. Arbeitsminister Tschoffen (Belgien) konnte wegen des Rücktritts der belgischen Regierung nicht in deren Namen sprechen, betonte aber, daß Belgien zur Ratifikation bereit sei, sobald die großen Industriemächte ratifiziert hätten. Der englische Regierungsvertreter erklärte, daß seine Regierung das Washingtoner Abkommen jetzt noch nicht ratifizieren könne, aber das Prinzip des Achtstundentages werde von England unbedingt anerkannt. Genosse Jouhaux (Frankreich) und Fulton (England) betonten gegenüber diesen Regierungserklärungen, wie tief die Enttäuschung der Arbeiterklasse über die Verzögerung der Ratifikation sei. Seit 6 Jahren sei das Washingtoner Ab-

kommen einstimmig angenommen und ebenso bestche der Achtstundentag in den verschiedensten Ländern. Warum wolle man ihn nicht ratifizieren? Eine derartige Verschleppungspolitik werde dem Arbeitsamt und der Arbeitskonferenz die Sympathie der Arbeiter entfremden.

Der deutsche Regierungsvertreter Feig erklärte, daß die deutsche Regierung die Neuregelung der Arbeitszeit durch die Gesetzgebung in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des Washingtoner Abkommens zu bringen versuche, ehe sie dieses Abkommen ratifiziert. Die Arbeitszeitverordnung vom Herbst 1923 sei nur eine vorübergehende Maßnahme und stünde nicht in Uebereinstimmung mit dem Washingtoner Abkommen; aber heute arbeiteten schon mehr als 50 Proz. der deutschen Arbeiter wieder 48 Stunden in der Woche. Ebenso sei das Dreischichtensystem bei Hochöfen wieder aufgenommen statt des Zweischichtensystems. Deutschland habe trotz großer Schwierigkeiten den Wunsch, das Washingtoner Abkommen zu ratifizieren. Der französische Arbeitsminister Durafour traf am Montag abend in Genf ein und wird morgen, Mittwoch, die Erklärung seiner Regierung abgeben.

Am Donnerstag folgt eine Aussprache über den Protest der Kommission zur Unfallversicherung, denn hier wurde am

Montag mit 20 gegen 12 Stimmen ein Antrag angenommen, der eine wesentliche Rückschraubung der Zahl von Betrieben darstellt, deren Tätigkeit unter dem Begriff der Gefährlichkeit fällt. Zur allgemeinen Verwunderung stimmte der deutsche Regierungsvertreter, Geheimrat Ruffen, für den Arbeitgeberantrag und beeinflusste damit wesentlich die Haltung der anderen Regierungen. Das ist um so erstaunlicher, da es sich damit im Gegensatz zur deutschen Reichsgesetzgebung für Unfallversicherung und damit zum Reichstagsbeschluss vom 16. Mai setzt, der den Begriff der Betriebsgefährlichkeit sehr weit gezogen hat.

Einigung in Dänemarks Eisenindustrie.

Kopenhagen, 26. Mai. (W.F.B.) Gestern nachmittag wurde zwischen den Arbeitgebern und den ungelerten Arbeitern der Eisenindustrie ein Uebereinkommen erzielt. Die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern betreffend alle Streitfragen außerhalb der Eisenindustrie endeten heute nacht ohne Ergebnis.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: Arthur Calernus; Gewerkschaftsbewegung: Reiche, Calern; Neuigkeiten: Dr. John Schittowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Kerkhofs; Anzeigen: Th. Glode; (Samlich in Berlin. Verlag: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlag-Verlag und Verlagsanstalt Woul Singer u. Co., Berlin G. H. Lindenstraße 2.

Auf Teilzahlung
Herren-Knaben **Garderobe**
Gummi-Mäntel für Damen u. Herren
Gerlinge, Wäsche- oder Konstruktoren
Bettwäsche, Gardinen, Teppiche,
Korbmöbel, Metallbetten
Antel, Gr. Frankfurter Str. 34
Straßburger Platz
Gegründet 1901

Geflügelfutter billigst abzugeben.
Kokert, Spreestr. 43

Anserate im Vorwärts sichern Erfolg!

J. Baer, Berlin N, Badstr. 26 Ecke Prinzen-Allee
Gegründet 1856

Empfehle mein reichhaltiges Lager

fertiger Herren- und Knaben-Bekleidung
Die Maßabteilung steht unter Leitung bewährter Zuschnneider
und bietet Gewähr für eleganten Sitz bei bester Verarbeitung

Sport- und Berufskleidung • Gummi-Gabardine- u. Lodenmäntel
Reichhaltige Auswahl in Lösser-, Leinen- und sonstiger Sommerbekleidung.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1195
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 - Tel. Plötzberg 9831
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen • Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel • Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit



Hugo Ahronfeld
Berlin, Große Frankfurter Straße 117 und Badstraße 32

Meine billigen Pfingstangebote!
Keine minderwertige Reklameware, nur anerkannt reelle Qualitätsware, daher ganz besonders vorteilhaft!!!

Mouliné-Mäntel auch Herren Fasson	36 ⁵⁰ 49 ⁰⁰ 59 ⁰⁰	Seiden-Mäntel in Ortoman und glatter Seide	29 ⁵⁰ 45 ⁰⁰ 59 ⁰⁰
Rips-Mäntel Herren-Fassons und andere	39 ⁷⁵ 46 ⁵⁰ 58 ⁰⁰	Eleg. Kostüme in Mouliné, Burberry und Gabardine	39 ⁵⁰ 49 ⁰⁰ 69 ⁰⁰
Besondere Gelegenheitsauf Seidenfutter (Burberry)	49 ⁷⁵	Doney-Kostüme schöne Sportform	14 ⁷⁵ 22 ⁵⁰ 35 ⁰⁰
Imprägniert. Wollmäntel	29 ⁵⁰ 36 ⁰⁰ 49 ⁰⁰	Waschmusseline-Kleider	7 ⁵⁰ 8 ⁷⁵ 10 ⁷⁵
Tuchmäntel in feinsten Farben	19 ⁷⁵ 22 ⁵⁰ 29 ⁵⁰	Waschseidene Kleider	18 ⁷⁵ 24 ⁵⁰
Covercoat-Mäntel	14 ⁷⁵	Wollmusseline-Kleider	15 ⁷⁵ 19 ⁷⁵ 26 ⁰⁰
Coverc.-Mäntel gewirnte Ware	16 ⁷⁵ 22 ⁵⁰ 29 ⁵⁰	Volle-Kleider weiß und farblich	8 ⁹⁰ 12 ⁷⁵ 18 ⁵⁰
Donegal-Mäntel gute Ware	12 ⁵⁰ 17 ⁵⁰	Crêpe de chine- u. Seiden-Bollenkleider	29 ⁵⁰ 32 ⁰⁰

Für starke Figuren stets Passendes am Lager!

Küchen
Qualitäts-Möbel
Größte Auswahl zu einem billigen Preisen bis zu den feinsten Möbeln.
Küche Margarete, roh, mit Vor-tampfen 65 M., emailliert 100 M.
Küche Maria, roh mit Vorricht-tampfen 70 M., emailliert 120 M.
Küche Gerty, roh, mit Vorricht-tampfen 95 M., emailliert 160 M.
Küche Berlin, mit Seitenspenden 195 cm breit, kompl., emaill. 150 M.
Bauernküche Briha, roh, 33 M., emailliert 58 M.
Kleiderschränke, roh, 90 cm breit, 33 M., emailliert 50 M. bis zur Breite von 2 m

Möbelmöbel-Fabrik
Laserstein, Luckauer Straße 1 Ecke Oranienstr., nahe Marktplatz

Qualitäts-Buttermilch
süße Magermilch, weißen Käse ab Meierei oder frei Laden
Meierei Humboldt
Berlin N 54, Zionskirchstraße 38
Telephon: Humboldt 3015/3209. 1917b

Auf Teilzahlung!
Kinderwagen
Sportwagen
Kleine Anzahlung! * Bequeme Abzahlung!
CAMNITZER
Schönhauser Allee 52, 1 am Hochbahnhof Nordring

Das Complef
zum Pfingstfest
69.-
Der Mouliné-Mantel .. **39.-**
Der Seiden-Mantel .. **45.-**
Teilzahlung gestattet
EXTRA-ABTEILUNG für Trauer-Bekleidung
Oskar Wollburg
BERLIN N • BRUNNENSTR. 56 u. 57



Pfingsten im Schuh-Lokal
Münzstr. 25 // Kottbuser-Damm 13 // Frankfurter-Allee 54

Unsere überwältigende Auswahl erstklassiger Luxuschuhe in bewährten prima Fabrikaten von anerkannten Modekünstlern der Schuhindustrie entworfen und hergestellt, bietet Ihnen die Möglichkeit, sich zu billigen Preisen ein Paar fache, hochlegende Luxus- od. Straßenschuhe zum Pfingstfest zu beschaffen. Unser Lager beträgt über 50000 Paar. Wegen des großen Andranges am Sonnabend bitte möglichst schon bis Freitag zu kommen

Herren-Halbschuhe mod. Form, braun od. schwarz, echt Doxkind Echt Chev., mit grau Leder-eins., Rand weiß ged. 12⁵⁰	Herren-Halbschuhe , braun u. schwarz, mit u. ohne grau Einsatz 13.90, 14.90, 16.90 Herrenstiefel echt Rindbox, mod. Form 6.90 Herrenstiefel in verschiedenen guten Ausführungen, braun u. schwarz 12.00, 14.00, 16.00	Damen-Spangenschuhe braun Doxkalf u. Chev., sow. schw. R'Chevreu, 2 u. 3 Spangen, Rand weiß gedopp. 9⁸⁰ Braun echt Chevreau u. schw. R'Chevreau Dam.-Halbsch., mod. Form 7.90 Damen-Hausschuhe einrückend, Dirndlistoff 1³⁵ Kinder-Halbsch., Stiefel schwarz u. Spangensch., gut. Material, bequem, br. Form. 31-35 6.90/7.30 Kinder-Lack-Spangenschuhe 1 Spange u. Gitterspange, Haferlschuhe, Sandalen etc. billig 5⁹⁰	Mod. Fächer- u. 1 Spange echt braun Doxkalf u. Chevreu echt Louis XV. Absatz besond. schick und elegant 13⁰⁰ Lack 1 Spangenschuhe Sendalettschnitt, echt Louis XV. Absatz 11⁹⁰ Braun Nubuk mit grauem Lackbesatz, echt Louis XV. Absatz 15⁹⁰ Lack-Damen-Halbschuhe moderne Form 9⁸⁰ Damen-Leinen-Spangenschuhe französischer Absatz, Sendalettschnitt 5⁹⁰ Kinder-Spangenschuhe rot und grün, feinforbiges Leder, Sendalettschnitt 20-26 2.95, 15-19 2⁶⁵	Damen-Spangen- und Schnür-Schuhe echt R'Chevreu und Chromleder, moderne Fassons 5⁹⁰ Grau Nubuk mit rot Astrachan-Besatz, sehr fesch Über 150 Sorten Damen-Spangenschuhe in den neuesten Modellschlagn
---	---	---	---	--

3500 Paar weiß Lein. Damen-Spangen-Pumps, Schnürschuhe 1⁹⁵
gutes Fabrikat und Material, gute Ledersohlen, moderne Formen **2.95, 3.90, 4.90**